

Der Rat der Stadt verabschiedet folgende Resolution:

1. Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und asylbegehrenden Zuwanderer in voller Höhe an die Kommunen zu erstatten.
2. Der Landrat und der Oberbergische Kreistag werden aufgefordert, die Resolution zu unterstützen und sich ebenfalls für die Kostenübernahme durch das Land einzusetzen.
3. Der Städte- und Gemeindebund als Interessenvertretung der Kommunen wird ebenfalls aufgefordert, seinen Einfluss bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen.